

Ostberlin — Hauptstadt der „DDR“?

Die Hintergründe des SED-Nervenkrieges gegen Westberlin

Die jüngste Erklärung des Sowjetgenerals Dibrowa, wonach Ostberlin „Regierungssitz und Hauptstadt der DDR“ sei und somit nicht mehr unter dem Gesichtspunkt des Viermächtestatus betrachtet werden könne, hat zu einem neuen Nervenkrieg der SED gegen Westberlin geführt. Diese von Drohungen und Erpressungen begleitete Kampagne hat unter der Bevölkerung Ostberlins und der Zone erheblich mehr Unruhe als in Westberlin selbst ausgelöst. Geht es doch um die letzte Zufluchtmöglichkeit, die vielen Zonenbewohnern angesichts eines laufend verschärften Gewissenterrors geblieben ist.

Man muß davon ausgehen, daß die SED praktisch seit ihrer „Souveränitäts-Erklärung“ von einer Aufhebung aller alliierten Kontrollratsbestimmungen für Ostberlin spricht. Bereits mit der Sprachregelung „Demokratischer Sektor“ wurde vor Jahren ein derartiger Vorstoß unternommen.

Wie man's braucht

Lediglich am 17. Juni 1953, als das SED-Regime unter den Schlägen des Volksaufstandes zusammenzubrechen drohte, besann man sich rasch auf die sowjetische Panzerunterstützung und gab insgesamt sieben fortlaufende Erklärungen mit der Bezeichnung „Sowjetischer Sektor von Berlin“ heraus.

Seither hat die SED jeweils nach Bedarf entweder das Kontrollratsgesetz oder den „Hauptstadt“-Charakter Ostberlins betont. Würde Westberlin beispielsweise heute die SED verbieten, käme morgen eine umfangreiche SED - Protesterklärung, die sich mit Sicherheit auf den Viermächtestatus ganz Berlins berufen würde. Nur dieser nämlich sichert der SED noch bis heute ihre Westberliner Parteibüros. Das aber ist bisher mit keinem Wort in die Diskussion geworfen worden!

Zeichen der Furcht

Für die SED ist diese Kampagne ein Zeichen der Furcht vor Westberlin. Mit dem kom-

menden Jahr beginnt in der Zone ein schärferer, politisch und wirtschaftlich gewagter Kurs. Einen solchen Kurs hat man in den volkdemokratischen Ländern stets erst dann einzuschlagen gewagt, wenn das Land nach außen abgeriegelt war. Kann die Sowjetzone abgeriegelt werden, solange Westberlin als freie Stadt existiert?

Der größte Schlag?

Wir haben in Westberlin Tschechen, Polen, Ungarn und sogar Ukrainer aufgenommen. Der Mann aus Leipzig und Ostberlin fährt mit der U-Bahn über den Potsdamer Platz und kann dem SSD eine Nase drehen. Ist das nicht vielleicht der größte Schlag für die SED?

So versucht es die SED mit einer Politik der Nadelstiche. Seit dem 1. April bestehen die neuen Autobahnschikanen. Der Erfolg: Nicht ein Lastzug weniger ist nach Westberlin gekommen! Seit Juli werden Westberlinern die Passierscheine in die Zone selbst in dringenden Fällen verweigert. Die Westberliner registrieren das, und wenn die SED im Frühjahr wieder Einladungen für die Leipziger Messe verschiebt, werden sie auch lieber zu Hause bleiben. Und all die anderen Schikanen? Die Handtaschenvisiten an der Sektorengrenze, das Verbot für einige hunderttausend Ostberliner, die freie

Stadt zu betreten? Westberlin wird davon nicht betroffen. Und die Ostbewohner fanden allemal eine Möglichkeit, diese Sperrungen zu durchbrechen.

Ist eine Blockade möglich?

Hier kommt die Frage, ob sich die SED heute überhaupt eine ernsthafte Schikanierung Westberlins leisten kann. Immerhin ist Westberlin für sie auch das Tor zum Westen. Das beginnt mit dem kleinen Einkäufer eines VE-Betriebes, der nach Charlottenburg geschickt wird, um irgendwelche im gesamten Ostblock nicht erhältlichen Ersatzteile einzukaufen. Und es endet damit, daß die SED über Westberlin versucht, ihre Untergrundarbeit nach dem Westen voranzutreiben. Das Bestehen der Westberliner SED gehört bereits hierher.

Viermächtestatut bleibt

Von östlicher Seite haben Ebert und SED-Sekretär Alfred Neumann starke Erklärungen abgegeben. Außer Frage steht, daß sie Westberliner weiter mit kleinen Dingen zu schikanieren versuchen. Im Westen hat man ganz entschieden geantwortet: Berlin steht unter Viermächtestatut! Wenn die SED Berlin gespalten und den Sowjetsektor aus einer gemeinsamen Verwaltung herausgerissen hat, ist dies noch lange keine Legalisierung als Zonenhauptstadt. Eine ernsthafte Schikanierung Westberlins würde nicht nur für die SED, sondern für den gesamten Ostblock erhebliche wirtschaftliche Folgen haben. Und vor nichts haben die Sowjets mehr Respekt. So sieht es aus! Berlin bleibt, was es ist. Die Zonenbevölkerung wird das mit Beharrlichkeit registrieren können.

Ein wirklich roter Faden

DT. Die außenpolitische Debatte des Bundestages hat in einer Frage, die in den Vordergrund der ostwestlichen Auseinandersetzung um Deutschland gerückt ist, erfreulicherweise eine bis in die letzten Konsequenzen reichende Übereinstimmung gezeigt. Es war Ollenhauer, der es als unmöglich bezeichnete, die Wiedervereinigung im Widerspruch zu Recht und Freiheit, etwa durch Übertragung des kommunistischen Systems der Zone auf ganz Deutschland herbeizuführen.

Es war dann der Bundeskanzler, der dem Führer der sozialdemokratischen Opposition für dieses Wort ausdrücklich dankte. Hier äußert sich, verbunden mit dem Willen zur Abwehr jeder kommunistischen Überfremdung Gesamtdeutschlands ein Standpunkt, den alle Parteien des Bundestages mit übereinstimmender Entschiedenheit vertreten. Das ist gerade heute von großer Bedeutung. Denn die Sowjetisierung Deutschlands ist, wie es scheint, zum wichtigsten Ziel der sowjetischen Deutschlandpolitik geworden.

Von Jalta bis Genf

Diese Forderung wird von den Sowjets nicht erst heute erhoben. Wenn man auf die sowjetische Deutschlandpolitik zurückblickt, die ihre Wurzeln in Jalta und Potsdam hat, dann ergibt sich, daß die Forderung einer „Demokratisierung“ Gesamtdeutschlands der rote Faden ist, der die ganze Entwicklung von Anfang an durchzieht: ein wirklich roter Faden. „Demokratisierung“ bedeutet nämlich im sowjetischen Sprachgebrauch aller Nachkriegskonferenzen nichts anderes als die Herbeiführung volksdemokratischer Zustände in Deutschland, die als Vorstufe echter Sowjetisierung und kommunistischer Beherrschung gedeutet werden. Die in Jalta und Potsdam verwendeten Begriffe „Entmilitarisierung“, „Entnazifizierung“ und

„Demokratisierung“ waren von den Sowjets im Gegensatz zu den formalen und konkreten Vorstellungen der Westmächte nur als Mittel für eine totale gesellschaftliche Umwandlung Deutschlands betrachtet worden.

Bereits auf der Pariser Außenministerkonferenz vom Sommer 1946 trat dieser grobe Mißbrauch des Wortes „Demokratisierung“ in den Erklärungen Molotows deutlich in Erscheinung. Während der Moskauer Außenministerkonferenz im März/April 1947 wurde das, was Moskau unter dem Wort verstand, konkreter formuliert. Molotow forderte nämlich Maßnahmen, um „die Überreste des Nazismus und Nationalismus in seinen anderen Formen“ auszurotten. Unter diesen Maßnahmen verstand er, wie er ausdrücklich erläuterte, die Bodenreform, die industrielle Sozialisierung durch Enteignung — und selbstverständlich auch eine Art „gesamtdeutschen Rat“. Die Bezeichnung dieses trojanischen Pferdes wechselte von Konferenz zu Konferenz. Immer war es dazu bestimmt, der sowjetischen Politik die größere gesamtdeutsche Reichweite zu geben. Auf der Londoner Außenministerkonferenz vom November/Dezember 1947 wiederholte Molotow seine volksdemokratischen Forderungen. Auf der Pariser Außenministerkonferenz vom Mai/Juni 1949, die der Beendigung der Berliner Blockade folgte, war es nicht mehr Molotow, sondern Wyschinski, der die „Demokratisierung“ Deutschlands betrieb. In einer aufschlußreichen Kritik des westdeutschen Grundgesetzes erklärte er, „daß die sogenannte Bonner Verfassung keinerlei Bestimmung enthält, die die herrschende Rolle der deutschen Monopole und des Junkertums ... einschränken würde. Bereits das allein beweist, daß man diese Verfassung keinesfalls als demokratisch bezeichnen kann“. Auch in dem ewigen Notenwechsel der nächsten Jahre wurde die sowjetische Forderung in einer Weise erläutert, die ohne weiteres erkennen ließ, daß Moskau die Angleichung Westdeutschlands an die in der Zone gewaltsam eingeführte Staats- und Gesellschaftsord-

nung als eine entscheidende Voraussetzung der deutschen Wiedervereinigung betrachtete.

Vorübergehend richtete sich die sowjetische Aktion dann in erster Linie auf die militärischen Fragen der deutschen Wiedervereinigung und auf den politischen Status Gesamtdeutschlands. Als aber die Pariser Verträge in das Stadium der Verwirklichung übergingen, verstärkte und verdeutlichte Moskau die auf „Demokratisierung“ Gesamtdeutschlands gerichtete Aktion. Diese Veränderung setzte am Ende der ersten Genfer Konferenz ein und beherrschte auf der zweiten Genfer Konferenz überwiegend die sowjetische Taktik.

Die Moral des Widerstandes

Man muß diesen roten Faden durch die ganzen Jahre von 1944 bis 1955 verfolgen, um zu sehen, wo heute die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik liegt: wir müssen unter allen Umständen und mit allen Mitteln verhindern, daß die von Moskau und Pankow gemeinsam betriebene Sowjetisierung ganz Deutschlands zum Ziele gelangt. Hierzu brauchen wir nicht oder jedenfalls nicht in erster Linie militärische Macht; es ist gut, daß der Bundeskanzler das vor dem Bonner Parlament klargestellt hat. Wir müssen vielmehr eine moralische Stärke aufbringen, die gegenüber dem Gegner zu einer unbeirrbaren Selbstbehauptung fähig ist. Wenn wir auf diese Weise, und zwar jeder an seiner Stelle, allen sowjetischen Bestrebungen zur „Demokratisierung“ Gesamtdeutschlands einen eisernen Riegel vorschoben, dann werden auch die Sowjets, da die Politik niemals stillesteht, neue Überlegungen in der Deutschlandpolitik anstellen. In diese Überlegung ist dann wahrscheinlich auch die von Bundesaußenminister von Brentano gestellte Frage eingeschlossen, ob Moskau nicht allen Grund habe, dem heutigen Zustand jene andere Ordnung vorzuziehen, die zwischen der Sowjetunion und einem wiedervereinigten Deutschland im Gegensatz zu heute normale und sogar gute Beziehungen ermöglicht.

Sowjets wünschen keine Entspannung

Washington (AP/DPA). US-Außenminister Dulles hat auf einer Pressekonferenz die sowjetischen Führer Bulganin und Chruschtschow wegen ihrer Äußerungen in Indien scharf angegriffen und erklärt, sie erzeugten eine Atmosphäre des Hasses und der Vorurteile gegen den Westen.

Dulles bezog sich insbesondere auf die an die Adresse Goas gerichteten Reden der sowjetischen Politiker und sagte, diese zeugten offensichtlich nicht von einem dringenden Wunsch nach Entspannung zwischen Ost und West. Sie schienen vielmehr darauf angelegt zu sein, Indien zur Gewaltanwendung gegen die portugiesische Besetzung Goa zu ermutigen. Soweit ihm bekannt sei, sehe die ganze Welt und sogar die indische Regierung Goa als portugiesische Provinz an. Nach der Verfassung Portugals seien die Einwohner Goas portugiesische Staatsbürger.

Iwan bat um Asyl

Berlin (AP). In voller Uniform hat sich der 26jährige sowjetische Oberleutnant Iwan W. Owtshinnikow am Bahnhof Wannsee der Westberliner Polizei gestellt.

Sorins „Vorkommando“ in Bonn

Erste Mitglieder der Botschaft in Bonn

Bonn. — Ein fünfköpfiges Vorkommando für die sowjetische Botschaft ist jetzt in Bonn eingetroffen. Ihm gehören Botschaftsrat Senin, die Botschaftssekretäre Alexandrow und Martinow, ein Kraftfahrer und ein Dolmetscher an.

Das Vorkommando hat keinen politischen Auftrag. Seine Hauptaufgabe wird die Beschaffung eines geeigneten Dienstgebäudes und ausreichender Wohnräume für das Botschaftspersonal sein.

Das Protokoll des Auswärtigen Amtes hält für den Zweck eine Liste der geeigneten Gebäude in der Umgebung bereit. Die Abordnung selbst bezog einige Räume im Bonner Stern-Hotel. Die politischen Besprechungen über den Botschafteraustausch, in denen beispiels-

Die Verantwortung bleibt bei Moskau

Erklärungen der Westmächte zum Berlin-Verkehr

Berlin (Eigenbericht/AP/DPA). In den letzten Tagen hat sich die internationale Politik eingehend mit der angespannten Situation Berlins befaßt. US-Außenminister Dulles erklärte auf einer Pressekonferenz in Washington, die Vereinigten Staaten erwarteten keine Unterbrechung des Verkehrs von und nach Berlin. Es könnten natürlich neue Entwicklungen eintreten, doch hoffe die amerikanische Regierung, daß die Sowjets ihre hinsichtlich des Zugangs nach Berlin auf dem Schienen- und Wasserwege übernommenen Verpflichtungen einhalten. Man könne die Sowjetunion aus dieser Verantwortung nicht entlassen.

An der sowjetischen Verantwortung ändere auch die Tatsache nichts, daß die Sowjetunion den mitteldeutschen Kommunisten das Recht zur Genehmigung von Schiffstransporten nach Berlin übertragen habe.

Auch von britischer und französischer Seite wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Sowjetunion für den ungehinderten Berlin-Verkehr verantwortlich sei. Ein Sprecher des Foreign Office erklärte, daß die sowjetischen Behörden dem britischen Botschafter in Bonn bereits im Oktober mitgeteilt hätten, daß die Ausstellung von Permits für die Binnenschifffahrt nunmehr zur Verantwortung der sowjetischen Behörden gehöre. Die britische Antwort sei dahingehend gewesen, daß man diese Mitteilung so auslege, daß eine sowjetische Unterschrift nicht mehr erforderlich sein würde.

Unter diesen Umständen erachteten die britischen Behörden auch ihrerseits eine Unterschrift nicht für nötig.

Durch diese technische Regelung würden, wie in der britischen Antwort an die sowjetischen Behörden ausdrücklich erklärt wurde, die von den vier Mächten in dem Pariser Abkommen von 1949 übernommenen Verpflichtungen in keiner Weise berührt. Ein französischer Sprecher verwies darauf, daß das Viermächte-Abkommen über Berlin es den Sowjets nicht untersage, einige ihrer Vollmachten den Lokalbehörden zu übertragen. Im übrigen werde diese Frage zusammen mit anderen Deutschland betreffenden in der kommenden Woche von den drei westlichen Außenministern bei ihrem Zusammenreffen in Bonn erörtert werden.

In Bonn löste, ohne daß bisher offiziell Stellung genommen wurde, die britische Haltung zu den Berliner Verkehrsproblemen Überraschung aus. Es wurde erklärt, bisher sei nicht bekannt gewesen, daß die Briten schon im Oktober einer Neuregelung zugestimmt haben, die die Gefahr einer de-facto-Anerkennung der Sowjetzonenregierung in sich berge.

Ein Kabinettsausschuß unter Vorsitz von Vizekanzler Blücher wird heute über das Schreiben des Zonen-Verkehrministers Kramer an Bundesverkehrsminister Dr. Seeborn wegen der Fahrgenehmigung für Binnenschiffe im Interzonenverkehr beraten. Es soll auch darüber gesprochen werden, daß die Panzower Behörden im kommenden Jahr für Kraftfahrzeuge, die ihren Standort außerhalb der Zone haben, bei der Durchfahrt sowjetzonalen Gebietes eine Haftpflichtversicherung der Sowjetzone fordern.

Nuschke hat es noch nicht gemerkt

-Merkwürdigkeiten aus der Ostpresse

DT. Von der außenpolitischen Debatte des Bundestages schreibt Otto Nuschke in der prokommunistischen „Neuen Zeit“: „Man wiederholte die plumpe und törichte Unwahrheit, daß der sowjetische Außenminister Molotow in Genf die Bolschewisierung Westdeutschlands gefordert hätte... Molotow hat in Genf nicht verlangt, daß das sowjetische System für ganz Deutschland eingeführt werden müsse.“

Natürlich hat Molotow in Genf nicht von Bolschewisierung gesprochen. Dafür ist er viel zu klug. Aber ebenso natürlich ist es, daß er die Bolschewisierung gemeint hat. Im Anfang sagen die Sowjets nie das, was sie meinen. Auch 1945 haben sie nicht gesagt, daß sie die Zone bolschewisieren wollten. Im Gründungsauftrag der KPD steht vielmehr, „daß der Weg, Deutschland das Sowjet-System aufzuzwingen, falsch wäre“. Es wird sogar „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“ verheißen. Gemeint aber haben die Sowjets damals die Bolschewisierung der Zone ebenso, wie sie heute die Bolschewisierung Gesamtdeutschlands meinen, wenn sie davon sprechen, ihre

„Errungenschaften“ auf Westdeutschland zu übertragen.

Eine Merkwürdigkeit findet sich auch im „Morgen“, wo der stellvertretende Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei, Dr. Dieckmann, äußert: „Wir schreiben dem Sozialismus entgegen. Kein Land der Erde ist von der sozialistischen zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung zurückgekehrt. Wohl aber gibt es heute viele früher kapitalistische Länder, die den Sozialismus erfolgreich aufbauen.“ Hier wird wenigstens offen gesagt, daß sie dem Sozialismus — und das ist in diesem Falle der Bolschewisierung — „entgegenschreiten“, soweit sie nicht schon mitten drin sind. Dagegen fehlt die Wahrheit, daß in Europa die sozialistischen Länder mit denen identisch sind, die von der Roten Armee

besetzt und dann gewaltsam sowjetisiert worden sind. Sie möchten, aber sie können noch nicht zurückkehren.

Heute natürlich soll es mit dem Sozialismus bereits in der Familie anfangen. Die Ehe ist nach einer kürzlich erlassenen Verordnung der Pankower Regierung eine Gemeinschaft, in der die Kinder unter anderem auch „im Geiste des Sozialismus“ erzogen werden sollen. Sie kann auch wieder geschieden werden, wenn sie diesen Sinn für die Gesellschaft verloren hat. In der Schule geht das dann weiter, die nach einer Anfang November erlassenen Verordnung unter Mitwirkung der Elternausschüsse die Aufgabe hat, „die heranwachsende Jugend zu neuen, sozialistischen Menschen zu erziehen“. Nur der verdiente Mitläufer Otto Nuschke glaubt, daß es sich hier nicht um Bolschewismus handelt und daß er nicht nach Westdeutschland importiert werden soll.

Kein Sowjetbürger wird zurückgehalten

Brentano: Russen können sich selbst überzeugen

Bonn (AP). Bundesaußenminister Dr. von Brentano hat vor dem Bundestag versichert, es sei eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Sowjetbürger, der in der Bundesrepublik wohnt und in seine Heimat wolle, ohne weiteres ausreisen

könne. Es entspreche der Grundlage der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik und dem Prinzip der Freizügigkeit, daß die Bundesregierung diesen Personen keinerlei Hindernisse in den Weg lege, wenn sie ausreisen wollten.

Brentano nahm damit Stellung zu einem Artikel des sowjetischen Regierungsblattes „Iswestija“, in dem erklärt wurde, in der Bundesrepublik würden noch 100 000 Russen gegen ihren Willen zurückgehalten. Der Außenminister betonte, die Sowjets könnten sich zu jeder Zeit „gern die Erkenntnis verschaffen, daß hier niemand gegen seinen Willen zurückgehalten wird“, wenn sie Zweifel an den Worten der Bundesregierung hegten. Jedenfalls reiche die Behauptung der „Iswestija“ nicht aus, um eine Entschuldigung dafür zu schaffen, das einmal gegebene feierliche Versprechen hinsichtlich der deutschen Kriegsgefangenen nicht einzulösen.

Winston Churchill 81 Jahre

Glückwünsche und Geschenke aus aller Welt

London (AP/Eigenmeldung). Sir Winston Churchill, der „große alte Mann“ Großbritanniens, feierte seinen 81. Geburtstag, zu dem ihm aus allen Teilen der Welt Glückwünsche und Geschenke zuzingen. Einer der Blumengrüße, ein Strauß aus Nelken und Orchideen, hatte die Form von Pinsel und Palette — eine Anspielung auf die Malleidenschaft des einstigen Regierungschefs. Präsident Eisenhower übersandte ihm ein Goldmedaillon, das die Nachbildung eines von Eisenhower gemalten Churchill-Porträts enthält.

Der Churchill-Geburtstagsfonds, zu dem vor einem Jahr

aufgerufen worden war, hat inzwischen über 259 000 Pfund Sterling (rund 3 Mill. DM) erbracht. Mehr als 300 000 Menschen sandten Spenden, damit der Wohnsitz Churchills in der Grafschaft Kent später als Museum unterhalten werden kann.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Suhr, übermittelte Churchill ein Glückwunsch-Telegramm und dankte ihm für sein immer wieder bewiesenes besonderes Interesse an Berlin. Suhr sprach die Hoffnung aus, daß Churchill bei seinem geplanten Deutschlandbesuch im nächsten Jahr auch nach Berlin kommen werde.

Ein Mann, der zur Sammlung rief

Zum zehnten Todestag Adam Stegerwalds / Von Jakob Kaiser

Es war die Erfüllung eines seiner Lebensziele, daß Adam Stegerwald vor nunmehr einem Jahrzehnt noch maßgeblich zum politischen Zusammenschluß der Christen beider Konfessionen in einer Partei beitragen konnte. Zwar nicht in Berlin, der Stätte seines politischen und sozialen Wirkens in der Zeit der Weimarer Republik. Und auch nicht für das Reich, das unter den Trümmern des Hitlersystems begraben wurde, sondern in seiner Heimat Unterfranken in Würzburg, wohin er sich am Ausgang des Krieges zurückgezogen hatte. Von dort führte zur damaligen Zeit kein Weg nach Berlin, wie von Berlin zunächst kein Weg in den Westen oder Süden Deutschlands führte. Wo immer verantwortungsbewußte Politiker zur Neugestaltung Deutschlands Hand anlegten, konnten sie es nur für einen abgegrenzten Bezirk tun. So wirkte Adam Stegerwald damals von Würzburg aus maßgeblich mit bei der Bildung der Christlich-Sozialen Union.

Zur Tragik seines Lebens aber gehört es, daß er seine politischen und sozialen Erfahrungen eines Menschenalters nur noch kurze Zeit in den Dienst der staatlichen und sozialen Erneuerung unseres Landes stellen konnte. Schon im Dezember 1945 setzte ein unerwarteter Tod seinem Wirken ein Ende.

Stegerwald stand mit am Beginn der Gewerkschaftsbewegung. Der Wille der Arbeiterschaft, der zu Gleichberechtigung und Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft drängte, fand in dem jungen Stegerwald einen aufgeschlossenen und temperamentvollen Anwalt. Aber nicht der revolutionäre Weg des Marxismus erschien ihm — dem gläubigen Christen — als der richtige Weg und der Klassenkampf nicht als das gegebene Mittel. Denn der Sinn des Arbeiterkampfes war für Stegerwald gleichberechtigte Einordnung, nicht aber Klassendiktatur. Deshalb fand er sich schnell mit jenen Arbeiterführern zusammen, die wie Johannes Giesberts, Franz Wieber,

August Brust und andere eine christliche Gewerkschaftsbewegung als Notwendigkeit erkannten. Dabei erschien Stegerwald wie allen anderen verantwortlichen Männern, die damals in harten Auseinandersetzungen eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung durchsetzten, stets die Einheit als der größere Wert, der verwirklicht werden



mußte, wenn der Marxismus der „Freien Gewerkschaften“ überwunden sein würde. Aber damals hatte der Marxismus für weite Kreise der Arbeiterschaft noch seine verführerische Kraft. Außerdem machte eine ausgesprochene antireligiöse Haltung dem christlichen Arbeiter die Mitgliedschaft in den „Freien Gewerkschaften“ unmöglich.

Mit 28 Jahren wurde Adam Stegerwald Generalsekretär des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands und damit zum maßgeblichen Mann der christlichen Arbeiterbewegung überhaupt. Seine Persönlichkeit wurde geprägt in der Auseinandersetzung mit dem dogmatischen Marxismus, gegen den er die Kampfhaltung stets bewahrt hat. Dabei hatte er durchaus einen offenen Blick dafür, daß sich der Weg der „Freien Gewerkschaften“ immer mehr vom Marxismus fortbewegte. Reformwille, nicht Revolutionswille, bezeichnet ja das Wesen von Gewerkschaften.

Geprägt wurde Stegerwalds Persönlichkeit auch durch heftige Auseinandersetzungen in den christlichen Reihen. Der Streit um interkonfessionelle oder konfessionelle Gewerkschaften — der sogenannte Gewerkschaftsstreit, der 1913 zugunsten interkonfessioneller Gewerkschaften entschieden wurde — bedeutete für den selbständig denkenden jungen christlichen Arbeiterführer einen Gewinn an sozialer und staatspolitischer Erfahrung. Von Natur aus schon für staatspolitisches Denken aufgeschlossen, haben die Auseinandersetzungen, die er im ersten Jahrzehnt der Gewerkschaftsbewegung zu führen hatte, seine Veranlagung vertieft und seine Erkenntnisse erweitert.

Nicht zuletzt wurde Stegerwald die Notwendigkeit klar, daß es zum politischen Zusammenschluß der Christen beider Konfessionen kommen müsse. Die Christlichen Gewerkschaften hatten die Bedeutung dieses Zusammenwirkens bewiesen. Deshalb war es verständlich, daß der Politiker in Stegerwald, der in ihm immer mehr nach Auswirkung drängte, in der Not Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg — auf dem Essener Kongreß 1920 — zum politischen Zusammenschluß der beiden Konfessionen aufrief. Aber die Zeit war damals für diesen Zusammenschluß noch nicht reif. Daß die Idee aber Leben behielt, bewies das Katastrophenjahr 1945, in dem sich der Wille zum Zusammenschluß dann spontan Bahn brach.

Als drittes Element prägte der gewerkschaftliche Kampf die Persönlichkeit Stegerwalds. Ein Politiker gewerkschaftlicher Herkunft kann nur Politiker eines stark ausgeprägten sozialen Willens sein. Die Stegerwaldsche Haltung trug gewiß einen ausgesprochen konservativen Zug. Das hat ihm stets auch die Sympathie der Arbeiter gesichert, die zur Zeit der Weimarer Republik politisch rechts vom Zentrum standen. Aber ebenso und vor allem war sein sozialer Wille unbestechlich. Das sicherte ihm trotz

Eltern verlieren Mitbestimmungsrecht

Neue „Elternausschüsse“ aus Arbeitern und Funktionären

Viele Eltern wenden sich in diesen Tagen an vertrauenswürdige Erzieher, um diese nach dem Sinn der neuen „Elternausschüsse“ zu befragen. Sie erhalten die wenig tröstliche Gewißheit: Mit den neuen „Elternausschüssen“ ist es der SED gelungen, das Mitbestimmungsrecht der tatsächlich Erziehungsberechtigten an den Schulen völlig auszuschalten und politische Funktionäre an der Gestaltung des Unterrichts führend zu beteiligen. Darüber hinaus findet jetzt bereits an den Einheitsschulen wie an den Hochschulen eine Klassifizierung nach „Arbeiter- und Bauernkindern“ statt.

Die neuen Elternausschüsse setzen sich aus „den fortschrittlichsten Eltern“, Vertretern der Intelligenz und Organisationen sowie aus „Delegierten“ der eine Schulpatenschaft übernehmenden Volkseigenen Großbetriebe zusammen. Insbesondere wird darauf geachtet, daß „werk tätige“ Eltern, also zumeist SED-Mitglieder, als legitime Vertreter in die Ausschüsse gelangen. Die „Intelligenzler“ kommen zum Teil aus der atheistischen „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“, aus dem Kulturbund, dem FDGB und im Wohnbezirk ansässigen Regierungsfunktionären. Die Betriebe sind durch BGL- und Parteisekretäre sowie durch ausgesetzene Aktivistinnen vertreten.

Unterschiedliche Förderung

Die Richtlinien dieser „Eltern“-Ausschüsse ordnen eine

unterschiedliche Förderung der Kinder an. So sollen in erster Linie „Arbeiter- und Bauernkinder“ die Oberstufe besuchen können und sogar auf Kosten ihrer Klassenkameraden weitergebildet werden. Für „zurückgebliebene Kinder“ dieser Kategorie werden außerhalb des Unterrichts Sonderstunden eingelegt, um ihnen auf jeden Fall den weiteren Schulbesuch zu er-

möglichen. Ein Kulturbund-Vertreter in der Weißenseer Klement-Gottwald-Schule erklärte dies ganz unverföhren: „Wir formen unsere Intelligenz von morgen nach Klassen-Gesichtspunkten. Wenn Arbeiter Schulen bauen, dann nur für Arbeiterkinder!“

Fragen der Jugendweihe, der „Pionier“-Arbeit und der weitanschaulichen Schulungen werden künftig von Funktionären und nicht mehr von den Eltern der Kinder entschieden. Betriebsfunktionäre führen selbstständig den polytechnischen Unterricht durch. Anhand dessen haben sie entscheidend die Berufswahl des Jugendlichen mitzubestimmen. Nach Möglichkeit soll bereits der Lehrausbildungsplan des betreffenden Betriebes mit dem Schulabgangsplan koordiniert werden.

Auch für Gottesdienst gesperrt

Müttererholungsheim Phöben nach wie vor versiegelt

Berlin (DPA). Das von den Zonenbehörden am 12. November beschlagnahmte und zwangsgeräumte christliche Müttererholungsheim Phöben ist trotz mehrfacher Eingaben und Proteste zuständiger kirchlicher Stellen bisher nicht freigegeben worden. Die Räume sind nach wie vor versiegelt. Auch Sonntags-Gottesdienste für die Ge-

meinde konnten in der Kapelle des Hauses nicht stattfinden.

Am Tage der Beschlagnahme war einem Vertreter der Katholischen Kirche im Zonen-Staatssekretariat des Innern die sofortige Aufhebung der Maßnahme zugesagt worden.

Landesbischof Knolle †

Hamburg (epd). Der Hamburger Landesbischof Prof. D. Theodor Knolle ist an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Knolle war erst vor kaum einem Jahr als Nachfolger von D. Schöffel zum Bischof ernannt worden. Er war bekannt als Luther-Forscher und gehörte zu den Mitbegründern der Luther-Gesellschaft.

Ein Mann, der zur Sammlung rief ...

Fortsetzung v. Seite 5
mancher Auseinandersetzungen doch auch die Anerkennung der „Freien Gewerkschaften“, deren Wandlung in den Jahren der Weimarer Republik er erkannte und würdigte.

So war es erklärlich, daß Stegerwald mit uns, den Jüngeren, 1933 die Erkenntnis teilte: Nur eine vereinte Gewerkschaftsbewegung kann dem drohenden nationalsozialistischen Zugriff auf die Freiheit der Arbeiterschaft Herr werden. Aber die schon von den Gewerkschaftsführern aller Richtungen unterschriebene Magna Charta einer vereinigten neutralen und toleranten Gewerkschaftsbewegung konnte nicht mehr wirksam werden. Der 1. Mai 1933 zer-

störte die freie deutsche Arbeiterbewegung. Das nationalsozialistische Verhängnis nahm seinen Lauf. Es beendet auch für Adam Stegerwald die öffentliche Wirksamkeit in Regierung, Parlament und Gewerkschaften.

Wer vor 1933 mit ihm und neben ihm wirken konnte, weiß, welchen Verlust sein Tod am 3. Dezember 1945 für den Aufbau einer neuen Gewerkschaftsbewegung im Geiste des Überkommens von 1933 und nach den Erfahrungen des Dritten Reiches bedeutete. Ebenso groß war der Verlust für die deutsche Politik, als dieser Mann in einem Zeitpunkt starb, da Deutschland eine Zerreißung zugezogen war, wie sie kaum ein Volk je getragen hat.

Weskamm operiert

Berlin (DPA). Die Gallen-Operation, der sich der katholische Bischof von Berlin, Dr. Wilhelm Weskamm, am Montag unterziehen mußte, ist nach einer Mitteilung der Pressestelle im bischöflichen Ordinariat gut verlaufen. Der Zustand des Patienten ist zufriedenstellend. Bischof Weskamm befindet sich zur Behandlung eines Gallenblasenleidens bereits seit etwa einer Woche im Westberliner St.-Gertrauden-Krankenhaus.

Viel Beifall für „Europa tanzt“

Gesellschaftstanz in Vollendung — Meisterpaare in Berlin

Einmal im Jahr bietet Berlin Gesellschaftstanz in Vollendung. Diesmal war es wieder soweit. Unter dem Motto „Europa tanzt“ trafen sich in Berlin — im Esplanade und im Schöneberger Prälai — viele europäische Meisterpaare, alles Amateure. Aber dem tanzenden Europa waren ebenso wie dem politischen Schwierigkeiten auf den langen Weg gegeben, der nach Berlin führt. Die beiden dänischen Paare verunglückten im Auto kurz nach Überschreiten der Grenze nach Deutschland, das Auto erlitt Totalschaden, während die Insassen — Hut ab — trotz erheblicher Verletzungen, darunter Rippenbrüchen, doch nach Berlin fuhren. Herr Horning und Frau, dänischer Meister 1955, gewannen sogar noch

den dritten Platz im Turnier der Standardtänze.

Sieger in den Standardtänzen wurden zwar der deutsche Meister Dr. Wolf und Frau aus Gießen mit 130 wohlverdienten Punkten. Mit 129 Punkten stand ihnen aber das englische Paar, Herr Mallet und Fr. Buxton, nicht nach.

Sieger in den lateinamerikanischen Tänzen wurden die jungen Österreicher Herr Sander und Fr. Oeckher, deren Paso doble von den Stühlen riß. Sie hatten sich, ebenso wie das deutsche Paar Breuer-Präger, die Zweite wurden, etwas einfallen lassen. Die Clubmeisterschaft des veranstaltenden Clubs Blau - Weiß - Silber gewannen Herr Hähneke und Fr. Wiediger.

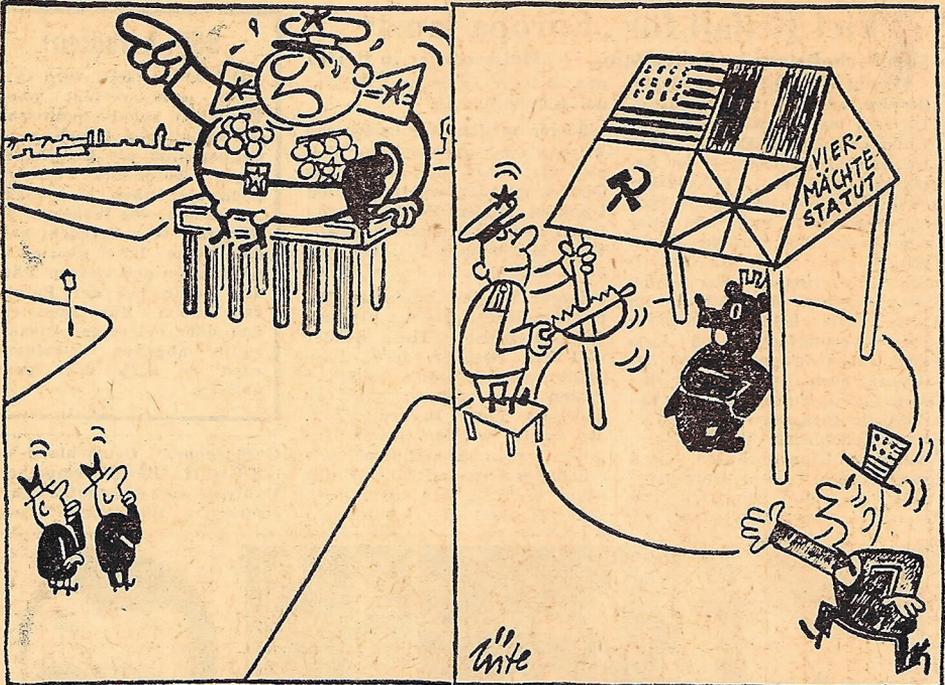
SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.



VOR ZEHN JAHREN: SPALTUNG BERLINS. Am 30. November 1948 wurde die ehemalige Reichshauptstadt durch die Proklamierung des Ostmagistrats unter Fritz Ebert in einen westlichen und einen östlichen Stadtteil getrennt. Die Spaltung begann mit dem von kommunistischen Demonstranten durchgeführten Sturm auf das Stadthaus (Bild), bei dem die „Hüter der Ordnung“ des Polizeipräsidenten Markgraf (oben rechts) untätig zusahen.



Dibrowa: Ostberlin ist nicht besetzt!

Sowjetische „Neuerer“-Methode!

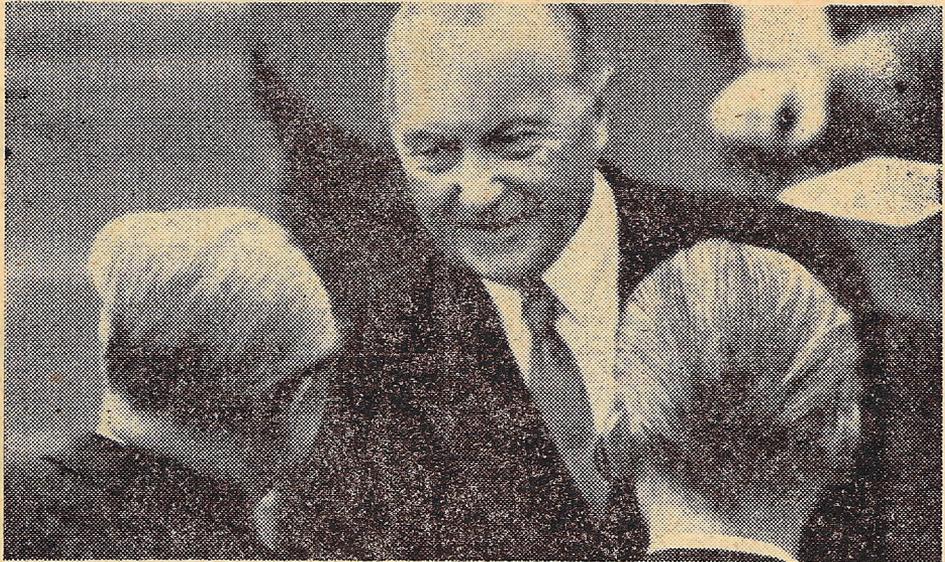


BILD DER WOCHE: Vor der großen außenpolitischen Debatte im Bundestag begrüßte der genesene Bundeskanzler den Oppositionsführer Ollenhauer (links) und den 2. SPD-Vorsitzenden Mellies.